Deutscher Bundestag **Drucksache 14/967**
14. Wahlperiode
05. 05. 99

Änderungsantrag

der Fraktion der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/609, 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Der Bundestag wolle beschließen:

Die folgenden Titel des Einzelplanes 09 werden wie folgt verändert:

1. In Kapitel 0902 ist der Titel 68508 („Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte“) von 20000 TDM um 15000 TDM auf 35000 TDM zu erhöhen.

2. In Kapitel 0902 Tgr. 02 ist der Titel 68522 („Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen“) von 56000 TDM um 11000 TDM auf 45 000 TDM zu reduzieren.

3. In Kapitel 09 02 Tgr. 02 ist als Titel 685 23 ein Leertitel

   („Entwicklung eines neuen Konzeptes zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland, Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle und frühestmögliche Information und Einbeziehung der an den Standorten ansässigen Bevölkerung“)

   mit einer Verpflichtungsermächtigung von bis zu 20000 TDM, fällig im Haushaltsjahr 2000,

   dem Haushaltsvermerk „Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 685 22“

   und den Erläuterungen „Bilanzierung der existierenden und zukünftig anfallenden Abfallmengen nach Art und Qualität, Festlegung von Kriterien zur Betriebs- und Langzeitsicherheit eines Endlagers, weitere Begutachtungen, Studien und Untersuchungen, Vorstudien zur Festlegung der zu untersuchenden Standorte in verschiedenen Wirtsgesteinen, öffentliche Erörterung von Problemen der Entsorgung, politisch begleitende Maßnahmen zur frühzeitigen Information und Beteiligung der Betroffenen an den zu untersuchenden Standorten“

   aufzunehmen.

4. In Kapitel 0902 Tgr. 05 ist der Titel 68351 („Innovative Dienstleistungen durch Multimedia“) von 36500 TDM um 5600 TDM auf 42100 TDM zu erhöhen, wobei die Erhöhung Existenzgründungen und Pilotprojekten (Erläuterung Nr. 2) zugute kommen soll.

5. In Kapitel 0902 Tgr. 05 ist der Titel 68352 („Indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen“) von 300000 TDM um 14000 TDM auf 314000 TDM und die Verpflichtungsermächtigung von 303000 TDM um 200000 TDM auf 503000 TDM zu erhöhen, wobei deren Fälligkeit statt bis 2002 bis zum Jahr 2003 gestreckt werden soll.

6. In Kapitel 0902 Tgr. 05 ist der Titel 68554 („Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern“) von 270000 TDM um 30000 TDM auf 300000 TDM und die Verpflichtungsermächtigungen von 140 000 TDM um 40 000 TDM auf 180 000 TDM zu erhöhen.

7. In Kapitel 0902 Tgr. 12 ist der Titel 88282 („Zuweisungen an Bayern ... und Nordrhein-Westfalen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen“) von 205000 TDM um 150000 TDM auf 355000 TDM, die Verpflichtungsermächtigungen von 130000 TDM um 100000 TDM auf 230000 TDM zu erhöhen und als verbindliche Erläuterung zu ergänzen: „4. Im Interesse einer verstärkten Investitionsförderung im gewerblichen Bereich und der stärkeren Vernetzung von Wirtschaftsstrukturen in den Regionen geht der Bund davon aus, daß die Länder die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in stärkerem Maße als bisher zur Förderung der betrieblichen Investitionen nutzen und frei verfügbare Barmittel i.H.v. 50 Mio. DM vorrangig für Investitionen einsetzen, die eine Vernetzung regionaler Wirtschaftsstrukturen vorantreiben.“

8. In Kapitel 0902 Tgr. 12 ist der Titel 88288 („Zuweisungen an Mecklenburg-Vorpommern ... und Berlin gemäß Gebietsstand am 3. Oktober 1990 für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen“) von 2576000 TDM um 300000 TDM auf 2 876000 TDM, die Verpflichtungsermächtigungen von 2100000 TDM um 400000 TDM auf 2500000 TDM zu erhöhen und als verbindliche Erläuterung zu ergänzen: „2. Im Interesse einer verstärkten Investitionsförderung im gewerblichen Bereich und der stärkeren Vernetzung von Wirtschaftsstrukturen in den Regionen geht der Bund davon aus, daß die Länder die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in stärkerem Maße als bisher zur Förderung der betrieblichen Investitionen nutzen und frei verfügbare Barmittel i.H. v. 50 Mio. DM vorrangig für Investitionen einsetzen, die eine Vernetzung regionaler Wirtschaftsstrukturen vorantreiben.“

9. In Kapitel 0902 Tgr. 14 ist der Titel 89392 („Zuwendungen an die Wismut GmbH-Betrieb“) von 440000 TDM um 80000 TDM auf 520 000 TDM zu erhöhen.

10. In Kapitel 0902 Tgr. 17 ist der Titel 68227 („Kapitalzuführung an die Expo 2000 Hannover GmbH“) zu streichen.

11. In Kapitel 0904 ist der Titel 68301 („Entschädigungsleistungen im Rahmen von Ausfuhrgenehmigungsverfahren“) von 7000 TDM um 7 000 TDM auf +/– 0 zu reduzieren.

12. In Kapitel 0909 Tgr. 07 ist der Titel 54471 („Forschung, Untersuchung und ähnliches“) von 2772 TDM um 2637 TDM auf 135 TDM zu reduzieren, Haushaltsvermerk und bisherige Erläuterungen sind zu streichen und durch folgende Erläuterung zu ersetzen: „Die Ausgaben sind veranschlagt für Aufträge an Dritte am Standort Salzbergwerk Morsleben zum Nachweis der fehlenden Eignung und Standsicherheit als Endlager.“

13. Im Personalhaushalt zu Kapitel 0910 Titel 42201 („Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten“) ist der Haushaltsvermerk 2. zu lfd. Nr. 1 der kw-Vermerke wie folgt zu formulieren: „2. Es wird zugelassen, daß jede zweite Planstelle des mittleren Dienstes, die durch Ausscheiden des Stelleninhabers frei wird, durchgängig wieder genutzt werden darf.“

Bonn, den 3. Mai 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Zu Nummer 1

Die massiven Probleme ostdeutscher Unternehmen, auf überregionale Absatzmärkte vorzustoßen, bestehen nach wie vor fort. Eine Wiederherstellung des Fördervolumens auf dem Niveau der Ausgaben von 1996 ist daher unverzichtbar.

Zu Nummer 2

Wegen des politisch gewollten Einstieges in den Atomausstieg erübrigt sich die Fortführung des von der alten Bundesregierung betriebenen Förderkonzeptes zur Vervollkommnung der Kerntechnologie, um sie möglichst lange nutzen zu können. Im laufenden Haushaltsjahr werden nur noch die bereits in den Vorjahren im Rahmen des Einzelplans 30 eingegangenen Verpflichtungen bedient.

Minderausgaben kommen dem neuen Titel 685 23 zugute.

Zu Nummer 3

Aus der Geschichte der Standorte für atomare Endlager müssen Lehren für die Zukunft gezogen werden. Die Projekte Asse bei Wolfenbüttel, Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, Gorleben und Schacht Konrad haben gezeigt, daß die Gründe zur Auswahl von Standorten nicht von dem Willen getragen waren, in Deutschland ein gutes Endlager für atomare Abfälle zu finden.

Der Neuerrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle müssen klar umrissene politische und wissenschaftliche Schritte vorausgehen, die die Zweifel gegenüber dem Vorgehen der Bundesregierung aufnehmen und nie verstummende Vorbehalte entkräften.

Zu den notwendigen politischen Schritten zählt erstens die definitive Beendigung der Nutzung der Atomkraft binnen kurzer Frist und zweitens die Entwicklung eines Entsorgungskonzeptes.

Zu Nummer 4

Mit dem Zuwachs wird zumindest der Existenzgründungsförderung auf das von der alten Bundesregierung für 1999 geplante Niveau erreicht. Dies er-

scheint aufgrund der Arbeitsplatzpotentiale in diesem Bereich sinnvoll und entspräche den politischen Bekundungen der Koalition in dieser Frage.

Zu Nummer 5

Sicherung der Fortführung der Programme „Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen“ sowie „Förderung und Unterstützung technologieorientierter Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern“ über 1999 hinaus – der bisherige Mittelansatz ist dafür nicht ausreichend.

Zu Nummer 6

Die Stabilisierung der Potentiale für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern, die fast ausschließlich mittelständisch strukturiert sind, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das Ingangsetzen einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Regionen.

Eine Rückkehr zumindest zum Fördervolumen von 1997 und Verstetigerung der Förderung in den kommenden Jahren ist unverzichtbar.

Zu Nummer 7

Die Gemeinschaftsaufgabe West ist angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme in strukturschwachen Regionen des Altbundesgebietes ein unverzichtbares Förderinstrument, welches angesichts der Veränderungen in der EU-Struktur- und Regionalförderung künftig noch größere Bedeutung erlangen wird.

Die Mittel sollen dabei vorrangig in die Förderung von Investitionen fließen, welche regionale Wertschöpfungsketten stärken, zu lange Transportwege vermeiden, die Umwelt schonen sowie eine langfristig selbsttragende Wirtschaftsentwicklung strukturschwacher Regionen ermöglichen helfen.

Die Mehrausgaben können aus Einsparungen bei Arbeitslosengeld (Epl. 11) und Mehreinnahmen bei Steuern (Epl. 60) bestritten werden.

Zu Nummer 8

Aufgrund des wieder wachsenden wirtschaftlichen Rückstandes der neuen gegenüber den alten Bundesländern ist Kontinuität und Verläßlichkeit der Gemeinschaftsaufgabe Ost, ihre Anhebung zumindest auf das Fördervolumen von 1997 unverzichtbar.

Die zusätzlichen Mittel sollen dabei vorrangig in die Förderung von Investitionen fließen, welche regionale Wertschöpfungsketten stärken, zu lange Transportwege vermeiden, die Umwelt schonen sowie eine langfristig selbsttragende Wirtschaftsentwicklung strukturschwacher Regionen ermöglichen helfen.

Die Mehrausgaben können aus durch Verzicht auf die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe bedingte Einsparungen bei Arbeitslosengeld (Epl. 11) und Mehreinnahmen bei Steuern (Epl. 60) bestritten werden.

Zu Nummer 9

Der gegenüber den bisherigen Beschlüssen des Haushaltsausschusses für 1999 im Vorjahr um 36,5 Mio. DM höhere Planansatz für Wismut-Sanie-

rungsaufwendungen wurde 1998 um knapp 5 Mio. DM überschritten. In der mittelfristigen Finanzplanung von 1995/96 wurde für 1999 ein um 78 bis 118 Mio. DM höherer Betrag genannt, als jetzt im Regierungsentwurf eingeplant wurde. Die für 1999 bereits eingegangenen Verpflichtungen werden mit den bisherigen Planungen um 14 Mio. DM unterschritten. Eine Erhöhung des Etats ist daher Gebot der Haushaltswahrheit.

Da der gesamte dingliche Sanierungsaufwand nicht reduzierbar ist, wird eine durch Kürzungen bedingte Verlängerung des Sanierungszeitraumes letztlich nur zu Mehrkosten des Bundes führen.

Selbst wenn der Wirtschaftsplan 1999 der Wismut GmbH mit Gesamtzuwendungen des Bundes von 508 Mio. DM bestreitbar sein sollte, so bleibt die Frage, warum dann beispielsweise weder die weitere Finanzierung der höchst sinnvollen Arbeitsfördergesellschaften Wismut Sachsen und Ostthüringen mit über 1000 Beschäftigten, noch der Beginn einer Sanierung von Altflächen ihrer Rechtsvorgängerin durch die Wismut GmbH im Rahmen der durch den Deutschen Bundestag bereits 1991 beschlossenen globalen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11 Mrd. DM erfolgen sollen, zumal von diesen Mitteln bisher nur 4,311 Mrd. DM abflossen.

Die Mehrausgaben können u.a. aus durch Verzicht auf die Kürzung bedingte Einsparungen bei Arbeitslosengeld (Epl. 11) und Mehreinnahmen bei Steuern (Epl. 60) bestritten werden.

Zu Nummer 10

Eventuelle Defizite der EXPO 2000 dürfen nicht zu Lasten des Wirtschafts-Etats bestritten werden, da es sich um eine von der Mehrheit des Deutschen Bundestages als gesamtstaatliche Aufgabe definierte Veranstaltung handelt.

Insofern käme für – im Einzelfall noch zu bewilligende – Zahlungen des Bundes nur Kapitel 32 08 des Bundeshaushaltes in Frage.

Zu Nummer 11

Lediglich ein Leertitel ist angebracht, da seit 1995 keine derartigen Kosten anfielen (1995: 78 TDM).

Zu Nummer 12

Laut Vereinbarungen der Koalition ist nicht beabsichtigt, den Salzstock Gorleben und Schacht Konrad als atomare Endlager zu erwägen. Weitere diesbezügliche Untersuchungen sind daher unnötig.

Zu Nummer 13

Durch den Vermerk in der Fassung des Regierungsentwurfs bestehen in den unteren Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes (A 6 und A 7) keine Beförderungsmöglichkeiten mehr. So wird der Anspruch, die Situation der unteren Einkommensgruppen zu verbessern, in sein Gegenteil verkehrt. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß Intensität und Qualität des breiten Aufgabenspektrums der Behörde Schaden nehmen könnten. Mit dem Personal würden auch Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger abgebaut.